

Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung – wie kann ein Miteinander gelingen?

Gabriele Greussing, Gemeinденetzwerk „Allianz in den Alpen“, Klimabündnis Vorarlberg

Meine Tätigkeitsfelder sind sehr vielschichtig, der Schwerpunkt liegt bei der Gemeindebetreuung, z. T. für Klimabündnis Vorarlberg, und ebenso für das Gemeinденetzwerk „Allianz in den Alpen“. Dazu bin ich freiberuflich als Projektbegleiterin tätig und war bis vor kurzem als Gemeinderätin und Ausschussvorsitzende tätig. Mein besonderes Interesse gilt Beteiligungsmodellen. Die verschiedenen Erfahrungen, auch die meiner Kollegen im Netzwerk, bringen mich zwangsläufig dazu, darüber nach zu denken, was denn eigentlich „funktioniert“ und wann Öffentlichkeitsbeteiligung gelingt.

Vorab eine Einschätzung: Pilotprojekte dienen dazu, Modelle auszuprobieren, sie in der Praxis einzusetzen und auch eben dieser Praxis auszusetzen. Wir haben genügend Pilotprojekte, wir wissen eigentlich, „wie es geht“. Woran liegt es, dass diese z. T. doch wunderbaren Ergebnisse und Erkenntnisse nicht Teil unseres alltäglichen Erlebens sind? Weshalb fließen diese Erfahrungen nicht in den politischen Alltag in unseren Gemeinden ein? Immer wieder sind es die so genannten Vorzeigegemeinden, die Pilotgemeinden, die ein Projekt nach dem anderen umsetzen, z. T. auch von dem einmal errungenen Ruf profitieren und wieder leichter zu Fördergeldern kommen, wenn wieder für ein Projekt Pilotgemeinden gesucht werden. Weil eben genau wieder Pilotprojekte gefördert werden. Diesen Fragen bin ich nachgegangen: Woran liegt es, dass es, dass die partizipative Demokratie nicht zu unserem Alltag gehört und was muss sich ändern, dass sie zu einem Teil unseres Handelns und Wirkens wird?

Zuerst möchte ich zu einer Grundvoraussetzung kommen: Mir ist es als BürgerIn nur möglich, mich für Beteiligung zu interessieren, wenn meine Grundbedürfnisse befriedigt sind. Ich werde keinen Gedanken für die Gestaltung des Spielplatzes, für die Renaturierung eines Dorfbaches, für ein neuartiges Mobilitätskonzept aufbringen, wenn ich um meine Existenz zu kämpfen habe, arbeitslos bin, in persönlichen Krisen wie Krankheit oder Beziehungsverlust gefangen bin. Da interessiert mich nur meine Existenz und ich bin bestenfalls bereit, mich für ein Projekt einzusetzen, das diese Sicherung zum Thema hat. Somit bin ich beim ersten Punkt: **Öffentlichkeitsbeteiligung kann nur gelingen, wenn gleichzeitig viel für die Existenzsicherung getan wird.** Wenn von den Verantwortlichen verstanden wird, dass die Angst um die Existenz, um die Gesundheit einerseits der größte Motor, sich einzubringen, sich einzumischen ist und gleichzeitig genau diese Sorgen verhindern können, sich in langfristige Planungsprozesse aktiv einzubringen.

Zu den Begriffen Nachhaltigkeit und BürgerInnenbeteiligung gibt es von Seite der politisch Verantwortlichen ganz unterschiedliche Einstellungen. Dahinter scheinen ganz unterschiedliche Sichtweisen zu stehen, was eine Politikerin/ ein Politiker ist, machen darf und machen kann. Und es gibt völlig unterschiedliche Sichtweisen, was eine Bürgerin/ein Bürger in deren Augen ist, welche Entscheidungen ihr/ihm zugetraut werden, oder auch zugemutet werden. Ist der Grund dafür unsere gewachsene Tradition und die Schwierigkeit, sie zu überdenken und sich auf etwas Neues einzulassen und etwas Neues zu wagen? Ich verstehe diese Konflikte, die sich da auftun. PolitikerInnen sind vom Volk gewählt, es hat seine Stimme abgegeben - oft auch wörtlich zu nehmen – und damit auch die Verantwortung auf die Repräsentanten abgegeben. Dieser Verantwortung möchte entsprochen werden, durch die Wahl wurde schließlich bestätigt, dass nun für „das Volk“ gesprochen werden darf – bis zur nächsten Wahl. Und nun verlangt die Nachhaltigkeitsstrategie Beteiligung, fast jede

Projekteinreichung schreibt dies vor. ProjektbegleiterInnen schlagen einen Ablauf vor, BürgerInnen werden in das Projekt eingebunden. Und danach?

Somit bin ich bei meinem zweiten Punkt: **Öffentlichkeitsbeteiligung kann langfristig nur gelingen, wenn sich Einstellungen ändern: hinsichtlich politischer Verantwortung, dem Selbstverständnis der Politik und der Fähigkeiten und Potenziale der**

Bevölkerung. Eine Politikerin/ ein Politiker muss heute wohl beides in sich vereinen – zum einen die Fähigkeit, in Alltagsgeschäften rasch Entscheidungen zu treffen und dann Entwicklungen zu koordinieren, Ergebnisse offen zu lassen, zu beteiligen, Verantwortung abzugeben. Dies ist sicherlich ein Spagat und eine große Herausforderung. Bedeutet dies doch auch, dass manchmal eine Entscheidung nicht im Alleingang gefällt werden kann, auch wenn dies grundsätzlich möglich wäre. Dies bedeutet auch, sich vom Gedanken zu verabschieden, alles richten zu können, für alles die Verantwortung zu tragen. Und vermutlich das Schwierigste: nicht wissen, welche Ergebnisse heraus kommen und das Unvorhersehbare zuzulassen.

Ein **geändertes Selbstverständnis** der Politik bedeutet unterschiedliche Sichtweisen in die zu fällenden Entscheidungen einzubeziehen. Das verlangt einen starken Dialog mit den Betroffenen. Grundlage dafür ist eine gewisse Art von Demut. Damit meine ich die Erkenntnis, nicht alles wissen zu können und zu müssen; Hinhören auf die Bedürfnisse, den anderen in seiner Individualität anzuerkennen, sich damit eigene Sichtweisen erarbeiten und diese dann in Entscheidungen zu vertreten. Meine Erfahrungen zeigen, dass dies gelingen kann, wenn erkannt wird: Menschen beteiligen sich dann, wenn sie spüren, dass Beteiligung keine Alibi-Aktion ist, wenn sie ihre eigenen Spuren in den Ergebnissen wieder finden können und damit die Erfahrung machen: es macht einen Unterschied, ob ich dabei bin oder nicht.

Geänderte Wahrnehmung der Potenziale der Bevölkerung. Diese notwendige Änderung der Sichtweise betrifft nicht nur PolitikerInnen. Das betrifft jeden von uns. Wir müssen erkennen: Die Fähigkeit zur Lösung von Problemen liegt bei den Betroffenen. Es ist Gewohnheit und Tradition, auf die Lösung zu warten. Oder zu glauben, immer eine Lösung anbieten zu müssen. Wie wäre es, wenn wir uns vorzustellen versuchen, dass hier ein enormer Wissenspool an kreativen Lösungen vorliegt? Dass jede noch so gute von außen vorgeschlagene Lösung nicht die „beste“ aller möglichen sein muss?

Die gewohnte Haltung ist eine Haltung des „wir“ und die „anderen“. Schnell entsteht hier in Konfliktsituationen die Gegnerschaft zwischen den politisch Tätigen und den sogenannten Ehrenamtlichen in Projekten. Ein gegenseitiges Abwerten ist die Folge. Die angesprochene Änderung bedeutete hier die Anerkennung des Potenzials der Vielfalt. Für ein blühendes Miteinander sind alle wichtig.

Die Unterschiede wollen als Potenziale erkannt und wertgeschätzt werden. Auch die politisch Verantwortlichen in ihren Aufgaben, in ihrer Unterschiedlichkeit und ihren unterschiedlichen politischen Einstellungen. Das allerdings entspricht überhaupt nicht unserem Zeitgeist. Hier möchte ich noch eine Ebene ansprechen, die oft vergessen wird, die nicht in ihren Potenzialen wahrgenommen wird und sich selbst auch nicht als Wissenspool für eine nachhaltige Entwicklung in einer Gemeinde sieht: Die Menschen in der Verwaltung. Auch sie werden oft als „die anderen“ wahrgenommen, als Feindbilder, Bremser, bloße Befehlsempfänger. Welches Potenzial liegt in deren oft langjährigen Erfahrungen, wenn es gelingt, diese Menschen zur Beteiligung zu motivieren, mit einzubinden und nicht nur die Umsetzung der Ergebnisse zu erwarten?

Für mich ist Öffentlichkeitsbeteiligung nicht denkbar ohne die starke Einbindung der Verwaltungsebene in den Kommunen, bereits in die Planung, damit diese Ressourcen nicht gegen die Entwicklung arbeiten. Ich sehe 3 Säulen der nachhaltigen Entwicklungsplanung – **BürgerInnen – Politiker – Verwaltungsbedienstete** gleichwertig nebeneinander und aufeinander angewiesen.

Nun zur **Kommunikation**. Sie wird oft eingefordert, als das Allheilmittel angesehen, ständig verbessert und dann bei Problemen als **der** Sündenbock hingestellt - Weil sie gefehlt hat, lückenhaft war, falsch usw. Kommunikation wird von einigen verstanden als bloße Informationsweitergabe, Vermitteln von Ergebnissen, Einholen von Beschlüssen zum richtigen Zeitpunkt, als Mittel zum Zweck beim Aufbau von emotionaler Betroffenheit, als strukturelle Unterstützung usw. Kommunikation aus meiner Sicht ist dies alles und viel mehr. In persönlichen Entwicklungsprozessen wird immer wieder von authentischer Kommunikation gesprochen. Kann das übertragen werden auf diese Ebene? Wie müsste authentische Kommunikation in Beteiligungsprozessen aussehen, damit diese wirklich gelingen können? EntscheidungsträgerInnen muss klar äußern, was sie erwarten, erhoffen, wo die Grenzen sind, des einzelnen und die der Gruppen, was verantwortet werden kann. Das bedeutet auch, dass Bereitschaft bestehen muss, die eigenen Sichtweisen, Standpunkte zu erzählen, oder auch zuzugeben, dass es zu diesem Thema noch keine Meinung gibt. Dieselbe Offenheit, die in privaten Beziehungen eingefordert wird, muss auch hier gelebt werden und das bedeutet den Verzicht auf Manipulation, nur soviel Kommunikation zuzulassen, dass die Ergebnisse noch gelenkt werden können. Ein hoher Anspruch sicherlich, aber ich wurde ja gebeten, Visionen zu entwickeln. Und dass es möglich ist, erlebe ich in manchen Gemeinden und kann von solchen Erfahrungen berichten.

Kommunikation ist nicht nur das beschriebene Papier, sie muss ständig neu erfunden, gelebt werden. Von allen Beteiligten fordert dies unermüdlich die Bereitschaft zu erzählen, zu erklären, offen zulegen, angelehnt an die Vision, betroffene und interessierte Menschen zu beteiligen. Das verlangt nach entsprechenden Kommunikationsräumen. Die Erfahrung zeigt, dass die herkömmlichen Formen – Kommissionen, Ausschüsse, Gemeinderat - diesen Ansprüchen nicht entsprechen. Die Formen, wo dies möglich wäre, kennen wir. Das Gesetz verlangt aber noch die traditionelle Form der Kommunikation mit seinen Geschäftsordnungen und Abläufen. Wir kennen sie alle, die Informationsbühnen, meist nur Berichterstattungen. Ich möchte sie damit nicht abwerten. In einer Zeit, in der alles nach Effizienz schreit, sind sie oft die Form, die am wenigsten Zeit braucht. Nur – lebendige Kommunikation geschieht hier nicht, ein Austausch von verschiedenen Erlebens- bzw. auch Gedankenwelten ist hier nicht möglich. Wenn Defizite wahrgenommen werden, wird sofort der Ruf nach Regeln laut. Solche Regeln sind wichtig, aber nicht das Allheilmittel, wenn der Grundgedanke, was mit der Kommunikation erreicht werden soll, in Vergessenheit gerät. **Öffentlichkeitsbeteiligung kann nur gelingen, wenn wir neue Formen der Kommunikation zulassen und kultivieren.** Wenn wir sie nicht als Luxus und zusätzliche Übungen wahrnehmen, sondern als Teil der Alltagskultur. Ein noch nicht ganz reales Beispiel: Angenommen in unserem Dorf findet ganz selbstverständlich einmal im Jahr eine Klausur mit Vertretern der Politik, den in den Projekten Tätigen und den in der Verwaltung Arbeitenden statt. Während dieser Veranstaltung wird die Arbeit für das nächste Jahr besprochen, werden Prioritäten hergestellt und gemischte Arbeitsgruppen gegründet, die dann zur breiteren Arbeit über diese Gruppen hinaus einladen, für einen klar begrenzten Zeitraum mit klar definiertem Ziel. Eine Utopie? Sicher – auch weil es schwierig ist, für solche Projekte Finanzierungen zu bekommen. Dieser Kommunikationsraum soll ja politischer Alltag werden und lässt sich schwer in einem

Pilotprojektförderungsantrag unterbringen. Diese Kommunikationsräume strukturell zu verankern, damit Kommunikation lebendig ist und sich auch immer wieder den Erfordernissen anpassen kann, wäre das Ziel. In einigen Kommunen wird dies auch schon gelebt in der einen und anderen Form. Gefordert und unterstützt auf breiter Basis wird dies noch nicht. Lebbar ist diese Art der Kommunikation, die ich meine, nur aus einer wertschätzenden Grundhaltung dem Anderen gegenüber, dem bewussten Wahrnehmen von Rollen, der eigenen und die der Anderen. Und dem Wissen, dass Kommunikation der Gestaltung des Klimas dient, in dem wir uns bewegen. Eine Aussage einer unserer MitarbeiterInnen: „Solange alle daran Freude haben, die, die mitarbeiten und die, für die wir das machen, solange mache ich gerne mit, auch wenn es viel Zeit kostet.“ Erstes Ziel der Kommunikation ist, der Gestaltung von Beziehungen zu dienen. Hier ein Satz aus einem Workshop über Nachhaltigkeit in Vorarlberg: „Denn am Schluss des Lebens zählen nur die Beziehungen.“

Der Gedanke der Öffentlichkeitsbeteiligung ist noch relativ jung, das Bewusstsein, dass es möglich sein soll, Politik nicht nur für die Betroffenen zu machen, sondern Politik mit den betroffenen Menschen, um deren Bedürfnisse wirklich abdecken zu können. Ich denke, dass wir uns als Gesellschaft in einem Lernprozess befinden. Wir üben noch. Wir brauchen den Grundgedanken des Miteinanders der verschiedenen Ebenen in der Familie, in den Firmen und Organisationen, in den Schulen und Parteien und eben in den großen sozialen Einheiten wie Gemeinden und Regionen. Patentlösungen gibt es dafür noch nicht. Es geht auch nicht um ein Ausspielen der zwei Formen, der partizipativen Demokratie und der repräsentativen Demokratie. Aus meiner Sicht haben beide Formen ihre Aufgaben und Berechtigung, welche Mischung wir finden, das ist die Frage. Und genau dafür gilt es zu lernen. Lernen heißt, seine Möglichkeiten auszuloten, als Einzelner und als Kommune. Dazu ist wohl eine neue gelebte Fehlerkultur erforderlich. Und das verlangt Mut – Mut von allen Beteiligten im Bewusstsein, dass es die gescheiterten Versuche braucht, um die passende Form zu finden. Wenn wir dem Gehen-Lernen die gleiche Haltung entgegengebracht hätten wie dem Erlernen von Partizipation, wir hätten es nie für uns entdeckt. Wenn wir Begriffe verwenden wie Nachhaltigkeit und BürgerInnenbeteiligung merken wir bald, dass diese Fachbegriffe von uns „Fachleuten“ mit einer gewissen Leichtigkeit verwendet werden, aber bei den Menschen, die die Geschicke einer Gemeinde lenken sollen und möchten keine einheitliche Bedeutung haben. Das reicht von Unverständnis und Vorsicht bis zur unkritischen Begeisterung.

Öffentlichkeitsbeteiligung kann geschehen, wenn „Lernen“ Teil der politischen Struktur wird. Einfach wäre es nun zu sagen, wir müssen das Bildungssystem ändern und dann kann es gelingen. Das meine ich zwar auch, aber wir müssen uns in vielen Teilbereichen erst fähig dazu machen, die Entscheidung zur Änderung des Bildungssystems zu treffen. Sich fähig machen, mit den geänderten Anforderungen umzugehen, neue Inhalte in den eigenen Erfahrungsraum aufzunehmen und dann anzuwenden. In der Wirtschaft geschieht dies in immer stärkerem Maß in verschiedenen Seminaren. Und bei den Akteuren der Partizipation, den politisch Verantwortlichen und den Mitarbeitern in den Projekten? Genau dort, wo langfristig wirkende Entscheidungen getroffen werden, verlassen wir uns auf die Kompetenz des einzelnen, ohne ihn darin zu unterstützen, ohne ihm jene Möglichkeiten zugänglich zu machen, die persönlich und wirtschaftlich zum Erfolg führen. Sicherlich, es ist seine Privatsache, Angebote der verschiedenen Bildungsinstitutionen zu besuchen. Und das wird von manchen Kommunen auch bezahlt. Nur müssen die Inhalte, die ich angesprochen habe, in die eigene Gemeindesprache übersetzt werden, trainiert mit den Menschen, mit denen gearbeitet werden soll. Teil der Struktur, Basis für alltägliches politisches Handeln und

Wirken ist so etwas noch nicht. Überspitzt gesagt: es gibt keine Grundausbildung, keinen Befähigungsnachweis, der erlaubt, BürgermeisterIn, Gemeinderat oder -rätin oder AG-LeiterIn zu werden. Wir brauchen Anreize, sich für das Gemeinwohl weiter zu bilden, solange diese Inhalte nicht Teil einer Grundausbildung an unseren Schulen ist. Ich möchte hier nur ein wenig den Raum aufmachen für Überlegungen, wo den Akteuren **Unterstützung** geboten werden könnte: Und damit meine ich **allen drei Säulen gemeinsam:**

PolitikerInnen – BürgerInnen – Verwaltungsbediensteten

- Formen der Kommunikation
- Gesprächskultur
- Umgang in Krisensituationen mit engagierten BürgerInnen
- erlebbare Wissensvermittlung zu den Themen Verantwortung, Nachhaltigkeit, Beteiligung, Vernetzung, Projektabläufe
- Rollenverständnis
- Umgang mit den eigenen Werten und Zielen
- Entwicklung von gemeinsamen Zielen.

Eigentlich Themen, die wir aus der Teamentwicklung/Organisationsentwicklung von Firmen kennen. Das Entscheidende dabei ist wohl, dass dies nur in fortlaufenden Prozessen Sinn macht. Der Kreis der handelnden Personen ändert sich ständig. Die von mir angesprochenen, erhofften Änderungen brauchen allerdings Zeit und Geduld – und sie sind nicht in absehbarer Zeit leicht messbar oder bestimmten Personen zuzurechnen und damit den Kriterium für Förderungen und für Wahlerfolg. Es sind meine persönlichen Utopien zu dem Thema, wie ein Miteinander gelingen könnte, die ich ihnen hier zeigen durfte. Mein Part ist der, dies vorzuleben, zu unterstützen, wo ich kann, und Mut zum Experiment zu machen.